



VLW-News Mai 2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als frisch gewählte Vorsitzende des VLW-Landesverbands Berlin freue ich mich, Ihnen unsere VLW-News Mai 2011 zu präsentieren.

Mit dieser Ausgabe der VLW-News knüpfen wir an die gute alte VLW Tradition an, nämlich mehrmals im Jahr unsere Mitglieder und andere Interessierte über Aktuelles aus der Berliner Berufsbildung zu informieren. Gute neue Tradition soll es werden, die Rubrik „Aus den Oberstufenzentren“ einzurichten, in der Sie die Möglichkeit haben, z. B. Ihr OSZ, ein besonderes Projekt oder eine Veranstaltung an Ihrem OSZ vorzustellen¹.

Etwas Aktuelles vorweg: Ende April hatten mein erster Stellvertreter, Thomas Begner, und ich im Rahmen der Veranstaltungsreihe „dbb berlin im Dialog mit der Berliner Politik“ die Möglichkeit, zusammen mit weiteren Mitgliedsgewerkschaften des dbb berlin den Bildungsminister Prof. Dr. Jürgen Zöllner zu treffen. Für uns – sozusagen als politische Neulinge – eine sehr interessante Erfahrung. Lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar Punkte des ca. einstündigen Gesprächs wiedergeben: Der Senator zeigte sich zunächst voller Respekt vor den Herausforderungen des Lehrerberufs, betonte aber, dass in allen anderen Berufen die Belastungen ebenfalls immens gestiegen seien. Immerhin werden zwei Ansätze, die jedoch nicht zwangsläufig zu Entlastungen führen, verfolgt: nämlich ein neues Gesundheitsmanagement und ein ganzheitliches Präventionskonzept, z. B. in Form von Fortbildungen, die – zur Überraschung des Berliner Bildungsexperten – doch sehr verhalten nachgefragt würden! Beim Qualitätsmanagement gab es Konsens zwischen den Gesprächsteilnehmern und den Äußerungen des Senators: Die Anerkennung der Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer muss ernst genommen werden! Beispielsweise: Das 25-jährige Dienstjubiläum sollte ebenso wie der Übergang in den Ruhestand wieder zelebriert werden. Entsprechende Maßnahmen seien, so Herr Zöllner, von ihm eingeleitet. Gut. Fast noch besser: Der Bildungsminister stellt sich vor, den neu eingestellten Lehrerinnen und Lehrern für das erste Jahr einen Mentor zur Seite zu stellen (ein Vorschlag, an den wir die SPD-Politiker nach dem 18. September erinnern werden). Zudem sollen die jungen Kolleginnen und Kollegen richtig begrüßt werden. Diese Ansätze im Rahmen der Anerkennungskultur begrüßen wir! Weniger begrüßenswert war die Äußerung des Senators, es gebe keine Chance auf eine Reduzierung der Zahl der Pflicht-Unterrichtsstunden, dies würde mit einem dreistelligen Millionen-Betrag zu Buche schlagen, der nicht haltbar sei - ein ebenso abgenutztes wie inakzeptables K.-O.-Argument ...

Und nun zum Inhalt dieser Ausgabe:

- Der VLW vertritt Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Entwicklung beruflicher Schulen zu Kompetenzzentren
- Neuordnung der Büroberufe
- Aus dem Hauptstadtmagazin
- Dies und das

Im Namen des Berliner VLW-Vorstandes wünsche ich Ihnen einen sonnigen Frühsommer, angenehme Schülerinnen und Schüler, eine vielleicht schon von der Schulleitung gelebte Anerkennungskultur an Ihrem OSZ und gute Nerven bei der Bewältigung der immensen Aufgaben unseres (eigentlich doch sehr schönen) Lehrerberufs!

Herzlichst

Ihre Maria Gramlich

VLW Landesvorsitzende Berlin

¹ Einfach Ihre Informationen senden an:
info@vlw-berlin.de



Der VLW vertritt Beamtinnen und Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Der VLW ist die Interessenvertretung aller Beschäftigten der kaufmännischen Berufsschulen. Der VLW vertritt Sie – liebe Leserin, lieber Leser, gezielt und berät Sie auf unbürokratischem, schnellem Weg persönlich. Der VLW ist eine Mitgliedsgewerkschaft des „dbb beamtenbund und tarifunion“, der die Interessen der angestellten Lehrerinnen und Lehrer vertritt und sich nachdrücklich für das Berufsbeamtentum einsetzt.

Bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wird mit dem „dbb beamtenbund und tarifunion“ und mit anderen Gewerkschaften verhandelt.

Mit über 1,26 Millionen Mitgliedern ist der dbb die große deutsche Interessenvertretung für Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte, also Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor. Der dbb versteht sich als konstruktiver Reformpartner von Politik, Verwaltung und Gesellschaft und als tatkräftiger Interessenvertreter seiner Mitglieder.

Informieren Sie sich auf der Website des dbb:
www.tarifunion.dbb.de

Der VLW informiert ...

1. Entwicklung beruflicher Schulen zu Kompetenzzentren

Am 17. März 2011 veranstaltete die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei Berlin und den Berliner Kammern eine Tagung zur „Entwicklung beruflicher Schulen zu Kompetenzzentren“.

Es wurden die Reformen der beruflichen Bildung aus den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorgestellt und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Schulverwaltung, Oberstufenzentren und Lehrerverbänden diskutiert.

In allen drei Ländern befinden sich die Reformprozesse nach entsprechenden mehrjährigen Modellversuchen bereits in der landesweiten Transferphase.

Zielsetzungen, die sich in allen drei Systemen finden:

- Selbstverantwortliche Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung der berufsbildenden Schulen einschließlich der Budgetverantwortung im Sach-, Investitions- und Personalbereich
- Steuerung der Schulen über Zielvereinbarungen, Ausbau von Controllinginstrumenten (z. B. Kennzahlen wie die Abschlussquote bzw. Abbrecherquote)
- Bildung von Schulvorständen oder Verwaltungsräten, die auch mit außerschulischen Mitgliedern gleichberechtigt besetzt sind (Vertreter der Wirtschaft bzw. der Schulträger)



In der Umsetzung finden sich jedoch deutliche Unterschiede, z. B.:

Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben den berufsbildenden Schulen eine umfassende Ressourcen- und Ergebnisverantwortung übertragen und sie zu Bildungsanbietern in der Region ausgebaut (einschließlich der Mitwirkung an Weiterbildungsprojekten). Dabei sind in Niedersachsen die Schulen nicht rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts, in Schleswig-Holstein dagegen rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts.

Hamburg hat einen Landesbetrieb gegründet, das Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB), welches aus der Zentrale und allen berufsbildenden Schulen besteht. Das HIBB hat unter anderem die folgenden Aufgaben:

- Beratung und Unterstützung der berufsbildenden Schulen
- Ressourcensteuerung der berufsbildenden Schulen
- Abschluss von Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der zuständigen Schulbehörde, den berufsbildenden Schulen und dem Lehrerbildungsinstitut
- Rechts- und Fachaufsicht sowie Dienstaufsicht über die Schulleitungen

Die Tagung „Entwicklung beruflicher Schule zu Kompetenzzentren“ setzt sicherlich einen ersten Impuls in Richtung Weiterentwicklung der Oberstufenzentren zu Kompetenzzentren für die berufliche Bildung, dem weitere folgen werden. Schon jetzt ist aber abzusehen, dass Schulleitung an beruflichen Schulen immer mehr zur Geschäftsführung wird, welches im Positiven dazu führen kann, dass Entscheidungen dort getroffen werden, wo die Arbeitsprozesse stattfinden. Allerdings ist dies – wie die anschließende Podiumsdiskussion u. a. zeigte – nur bei einer entsprechenden Ressourcenausstattung und langfristiger Planungssicher-

heit zu verwirklichen. Der VLW ist gespannt, wie Berlin – als Stadtstaat – sich im „Reigen der Modelle“ positionieren wird. Wir behalten den Prozess im Blick und werden ihn konstruktiv begleiten.

Weitere Informationen findet man unter:

Schleswig-Holstein: www.rbz-verband.de

Hamburg: www.hibb.hamburg.de

Niedersachsen: www.proreko.de

2. Neuordnung der Büroberufe

Schon lange wird über eine mögliche Neuordnung der Büroberufe diskutiert. Die aktuellen Ausbildungsverordnungen und Rahmenlehrpläne stammen aus den 90er Jahren. Einigkeit herrscht nun darüber, dass die Berufe Bürokaufmann/Bürokauffrau, Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation und Fachangestellter/Fachangestellte für Bürokommunikation zu einem Querschnittsberuf vereint werden sollen.

Kein Konsens herrscht darüber, ob es nur einen dreijährigen Beruf mit Kern- und Wahlqualifikationen geben wird (Forderung der Gewerkschaftsvertreter) oder einen drei- und einen zweijährigen (Vorschlag der Arbeitgebervertreter). Als ein Ergebnis der bisherigen Verhandlungen soll nun im Sommer 2011 das Eckdatengespräch stattfinden und somit das Neuordnungsverfahren offiziell beginnen.

Aus dem Hauptstadtmagazin...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Folgenden lesen Sie zwei Artikel aus dem „hauptstadt magazin“, eine Zeitschrift, die der *dbb berlin und tarifunion* einmal im Monat herausgibt. Als VLW-Mitglied erhalten Sie demnächst dieses höchst informative Magazin automatisch und selbstverständlich kostenlos.

Tarifangleichung und Besoldungsrückstände

Für die Tarifbeschäftigten im Landesdienst findet in diesem Jahr erstmalig die Automatik zur Übernahme der Einkommensentwicklung in den anderen Bundesländern Anwendung.

Der Zeitrahmen für die vollständige Anpassung an das Entgeltniveau der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL – ist spätestens Ende 2017 vollzogen.

Die Beamtinnen und Beamten und mit ihnen die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes Berlin sind weiter von der Besoldungsentwicklung der Bundesländer abgekoppelt.

Der Senat von Berlin sowie SPD und Linkspartei verweisen bei den Forderungen des *dbb berlin* zur Besoldungsanpassung nach dem Beispiel für die Tarifbeschäftigten auf die Besoldungserhöhungen vom August vergangenen Jahres und zum August 2011. Sie unterschlagen dabei, dass wegen unterlassener Besoldungsanpassungen innerhalb von sechs Jahren mit der Kürzung der Sonderzahlung sowie dem Wegfall des Urlaubsgeldes erhebliche Besoldungsrückstände entstanden sind.

Berlins Innensenator Körting weist mit spürbarer Freude auf die Allzuständigkeit des Abgeordnetenhauses für Besoldungsanpassungen



hin. Die Haltung des Senats und der Koalitionsparteien ist mehr als durchsichtig. Regierender Bürgermeister und Innensenator verschanzten sich hinter der Gesetzgebungskompetenz des Parlaments. Eine politische Gestaltungsmacht wird ausgeschlossen. Die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger müssen sich verspottet vorkommen.

Die Versagung von Besoldungsanpassungen für die Beamtinnen und Beamten trägt in der Berliner Verwaltung mit zur Spaltung des Personals bei. Die einen nehmen an der Einkommensentwicklung der anderen Bundesländer teil, die größere Beschäftigtengruppe ist von der allgemeinen Einkommensentwicklung in den Bundesländern ausgeschlossen. Diese Spaltung des Personals ist politisch gewollt. Die Verantwortung dafür tragen auch der Regierende Bürgermeister und sein Innensenator.

Berliner Tarifbeschäftigte profitieren vom TV-L-Abschluss 2011

Am 10. März 2011 einigte sich die dbb tarifunion mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL – auf lineare Entgelterhöhungen. Ab 1. April erfolgt eine lineare Erhöhung der Entgelte um 1,5 Prozent. Für die Monate Januar bis März 2011 wurde eine Einmalzahlung vereinbart. Die Entgelte werden sich ab 1. Januar 2012 um weitere 1,9 Prozent linear erhöhen. Als soziale Komponente werden zusätzlich als Sockelbetrag 17 Euro gezahlt. Für die Auszubildenden gelten die gleichen linearen Erhöhungen in 2011 und 2012, die Einmalzahlung beträgt 120 Euro und ab 2012 ein Sockel von sechs Euro. Die Laufzeit des Entgelttarifvertrages endet am 31. Dezember 2012.

Seit dem 1. November 2010 wendet das Land Berlin nach dem von der dbb tarifunion abgeschlossenen Angleichungstarifvertrag den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder – TV-L – an. Schrittweise werden die Gehälter bis 2017 an das Niveau der übrigen Bundesländer herangeführt. Damit profitieren die Tarifbeschäftigten des Landes Berlin von dem Abschluss für 2011 und 2012.



Ab August 2011 werden die Gehälter der Berliner Tarifbeschäftigten somit auf 97 Prozent der TV-L-Gehaltstabellen aus dem Jahr 2010 angehoben. Das Ergebnis der Einkommensrunde 2011 erhöht diese Gehälter ab Oktober 2011. So werden ab diesem Zeitpunkt 97 Prozent der Gehaltstabellenwerte der TdL für das Jahr 2011 gezahlt. Mit der Einmalzahlung für die Monate Januar bis März 2011 wird ähnlich verfahren. Sie wird zeitversetzt sechs Monate später am 1. Dezember 2011 in Höhe von 97 Prozent ausgezahlt. Dies ergibt eine Einmalzahlung in Höhe von 349,20 Euro.

Die von der dbb tarifunion mit der TdL für 2012 vereinbarten Tarifierhöhungen werden mit einer sechsmonatigen Verzögerung in Berlin ausgezahlt. Zum 1. Juli 2012 erhöhen sich die Tabellenentgelte der Tarifbeschäftigten erst um 1,9 Prozent und danach noch um zusätzliche 16,49 Euro (97 Prozent der Entgeltstabellen der TdL für das Jahr 2012).

Ab 2014 werden dann die Entgelterhöhungen zeitgleich wie in den anderen Bundesländern wirksam. Spätestens ab Ende 2017 ist die Sonderrolle der Tarifbeschäftigten Berlins beendet und sie erhalten dasselbe Gehalt wie alle anderen Tarifbeschäftigten der Länder.

Dies und das ...

- **VLW-Stammtisch**



Wir, der neue Vorstand des VLW Berlin, laden Sie, liebe Mitglieder, herzlich zu unserem ersten gemeinsamen Stammtisch ein:

Wann?

20. Juni, ab 18:30 Uhr

Wo?

Im „Smilla“ am S-Bahnhof Friedenau,
Baumeisterstr. 1, 12159 Berlin

Wer?

Alle VLW-Mitglieder

Warum?

Um interessante Gespräche zu führen,
Kontakte zu knüpfen,
in angenehmer Atmosphäre einen Feierabend-Drink
mit Kolleginnen und Kollegen zu genießen ...

Wir freuen uns über Ihr Kommen!



- **Runde Geburtstage**

Der Vorstand gratuliert Ihnen, liebe Jubilarinnen und Jubilare, herzlich und wünscht Ihnen noch viele schöne Jahre bei bester Gesundheit!

<i>Herr Kurt Born</i>	<i>19.04.1946</i>	<i>65 Jahre</i>
<i>Herr Horst König</i>	<i>12.02.1946</i>	<i>65 Jahre</i>
<i>Frau Rosemarie Behrend</i>	<i>08.02.1941</i>	<i>70 Jahre</i>
<i>Herr Ulrich Richter</i>	<i>09.03.1936</i>	<i>75 Jahre</i>
<i>Herr Götz Heinze</i>	<i>08.02.1936</i>	<i>75 Jahre</i>
<i>Herr Christoph Wendt</i>	<i>27.02.1936</i>	<i>75 Jahre</i>
<i>Frau Hildegard Zuppe</i>	<i>21.03.1926</i>	<i>85 Jahre</i>

- **Nächste Mitgliederversammlung voraussichtlich im September**



Erfreulicherweise erkennen viele junge Berliner Lehrerinnen und Lehrer die Vorzüge einer Mitgliedschaft im VLW. Empfehlen Sie uns also weiter.

Impressum

V. i. S. d. P. ist der Vorstand des vlw Berlin
Mommsenstraße 58, 10629 Berlin
Redaktion: Maria Gramlich
E-Mail: info@vlw-berlin.de



Verband der
Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen
Landesverband Berlin e. V.

Geschäftsstelle:
MommSENstraße 58, 10629 Berlin
Telefon: 0160 979 557 42
e-mail: info@vlw-berlin.de

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in den Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Berlin e.V.

zum
(Eintrittsdatum)

Name: Vorname:

geboren am: in

Akademischer Grad:
(Dpl.-Hdl. I. Staatsexamen usw.)

Jahr und Ort des Universitätsexamens:

Amtsbezeichnung:
(StR, StD, OSTD, Referendar, Fachlehrer)

Wohnung:

Telefon/Fax (privat): E-Mail:

Schulanschrift (falls im Schuldienst):

Wer hat Sie geworben?

Berlin,
(Unterschrift)

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, die von mir zu entrichtenden Beträge ab Fälligkeit der nächsten Rechnung bis auf Widerruf zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Geldinstitut :

Kontoinhaber:

.....
Datum / Unterschrift

Monatsbeiträge (Euro): Studenten 1,00 ; Referendare 1,50 ; Fachlehrer 5,10 ; Assessoren, StR 7,65 ; OSTr 8,65 ; StD 9,70 ; OSTD 10,70 ; Teilzeit nach Vereinbarung i.d.R. 75%